

SIND DIE GRÜNEN WIRKLICH EINE GUTE ALTERNATIVE? - Urteilen Sie selbst!

PROGRAMMENTWURF BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

WIR GESTALTEN DIE VIELFÄLTIGE EINWANDE- RUNGSGESELLSCHAFT — Einbürgerung erleichtern

Seite 98: DIE GRÜNEN fordern ein

„Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und nicht komplizierter macht... Das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch im gering- und unqualifizierten Bereich...“

Die „vielfältige Einwanderungsgesellschaft“ sei sogar „als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern“ und erfordere „gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrant*innen“.

Das *Westfalen-Blatt* meldete am 30.4.21:

62 % der Schülerinnen und Schüler an den 47 Grundschulen in der Stadt Bielefeld kommen inzwischen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Das geht aus dem neuen Schulentwicklungsplan hervor, den die Stadt vorgelegt hat.

44 % der Kinder leben in Familien, in denen Deutsch nicht die tägliche Verkehrssprache ist. In drei Grundschulen liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund inzwischen bei mehr als 90 %.

Unsere im internationalen Vergleich sehr liberale Vergabe der **Staatsangehörigkeit** ist den GRÜNEN noch zu streng.

In ihrem neuen **Grundsatzprogramm** wollen sie „einen erleichterten Rechtsanspruch auf Einbürgerung“ für alle „Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind.“

Welchen Umfang die Einbürgerungen durch eine Liberalisierung im Sinne der GRÜNEN annehmen könnte, verdeutlicht ein Blick auf einige Zahlen:

Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 778.000 Geburten, darunter 190.000 (24 Prozent) von Müttern ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Auch Nicht-Eingebürgerte sollen wählen dürfen

Laut dem Programmentwurf sollen jene Ausländer, die dennoch keine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten oder diese nicht annehmen wollen, „das Recht auf politische Teilhabe“ erhalten.

„Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen“.

Während Deutschland also für (Schutz-)Bedürftige in jeder Hinsicht noch attraktiver werden soll, obwohl es schon heute die **Hauptlast der Migrationsströme** in Europa trägt und der Druck eher steigen wird, wollen die GRÜNEN die Tore noch weiter öffnen.

Leidtragende einer naiven Willkommenskultur wären vor allem jene Zuwanderer, die sich gut integriert haben – und dann in Mithaftung für wachsende Spannungen genommen werden.

In Berlin fordern die GRÜNEN bereits „eine Migrantenquote von 35 Prozent für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes“.

Nicht nur der Grünen Jugend sind nationale Symbole zuwider.

Ein syrischer Flüchtling wird von der Partei als Direktkandidat für den Bundestag nominiert, wo er als Erstes den Leitspruch über dem Reichstag «Dem deutschen Volke» entfernen lassen will.

Ähnlich **Robert Habeck**: er bekannte offen, dass er den Begriff Vaterlandsliebe abstoßend finde.

(Wolfgang Bok, NZZ 6.5.2021)

F&M: Während die *US-Vizepräsidentin Kamala Harris* sagt: „Bitte kommt nicht“, sagen die GRÜNEN: „Bitte kommt.“

F&M: Das ist nichts anderes, als die Aufforderung an alle Armen dieser Welt, zu uns zu kommen und direkt in unsere Sozialsysteme einzusteigen.

Das zahlen wir alle und das wird nicht billig!

WOLLEN SIE DAS WIRKLICH?

F&M: Brauchen wir da unbedingt noch mehr Einwanderung unqualifizierter Personen, wie es die GRÜNEN fordern?

WOLLEN SIE DAS WIRKLICH?

GRÜNE Parteimitglieder wollen „Deutschland“ im Wahlprogramm streichen. An der Grünen-Basis sorgt EIN Wort für massive Aufregung: „Deutschland“. 300 Parteimitglieder wollen „Deutschland“ mit einem Antrag vom Titel des Wahlprogramms: „Deutschland. Alles ist drin“ streichen.

Die Antragsbegründung:

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Und nicht Deutschland.“

Unter den Unterzeichnern sind auch Bundestagskandidaten. (BILD 6.5.2021)

Thilo Sarrazin schrieb ein Buch mit dem Titel:

„Deutschland schafft sich ab“. Dafür wurde er sehr gescholten.

Die GRÜNEN vollziehen es!

Friedrich Merz hat behauptet: Ohne die Zuwanderung der Jahre 2015 und 2016 „hätten wir eine Million Hartz-IV- Empfänger weniger“.

Ein Blick in die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigt:

Die Dimension entspricht in etwa der Wirklichkeit.

Demnach gab es zum aktuellsten Stand dieser Auswertung im zurückliegenden August in Deutschland insgesamt 5,52 Millionen Hartz-IV-Empfänger. Von ihnen hatten 2,02 Millionen Menschen keinen deutschen Pass.

Und in dieser Personengruppe wiederum ordnet die Bundesagentur 980.000 Menschen der Kategorie „Asylherkunftsländer“ zu. (TAZ 16.12.2020)

Die Kosten zahlen Sie.

WOLLEN SIE DAS WIRKLICH?

Andere Länder, wie Dänemark und Schweden ziehen den Schlusstrich.

Dänemarks Regierung setzt weiterhin darauf, ihr großes Wahlversprechen einzulösen: **eine rigorose Migrationspolitik**.

„Wir haben viel zu viele Jahre die Augen verschlossen und erst dann gehandelt, als die Integrationsprobleme zu groß geworden sind“, erklärte jüngst Innenminister **Kaare Dybvad Bek**.

In Gebieten mit einem hohen Anteil „nicht westlicher“ Bewohner, so der Minister, sei „das Risiko der Entstehung von religiösen und kulturellen Parallelgesellschaften erhöht“.

Ein neues Gesetz soll Abhilfe schaffen.

Der Anteil „nicht westlicher“ Bewohner in benachteiligten Stadtvierteln soll in den kommenden zehn Jahren auf 30 Prozent gesenkt und betroffene Familien umgesiedelt werden. Dauerbrennpunkten droht gar der Abriss von Sozialwohnblocks und die Umsiedlung der Bewohner.

Mette Frederiksen, Sozialdemokratin und Ministerpräsidentin von Dänemark, kritisierte den Islam als Integrationsbarriere, stimmte dafür, dass Flüchtlingen Wertgegenstände als Ausgleichsleistung abgenommen werden, und forderte Auffanglager in Afrika anstelle des Rechts auf einen Asylantrag in Dänemark.

Das seither geltende Ausländerrecht macht nicht mehr die Integration zum vorrangigen Ziel, sondern die schnellstmögliche Rückführung der Menschen in ihre Herkunftsländer. (Welt+ 2.5.2021)

Auch in Schweden ändert sich die Willkommenskultur:

Die Vorstädte der Metropolen Stockholm, Göteborg oder Malmö haben sich über die Jahrzehnte in Parallelwelten verwandelt. Kriminalität und Arbeitslosigkeit sind bei Migranten und ihren Nachkommen höher als im Rest der Bevölkerung. Es gibt Schießereien zwischen Drogenbanden, sogar Bombenanschläge wurden verübt.

Ein historischer Moment ereignete sich vor wenigen Monaten im Reichstag, dem schwedischen Parlament. Schwedendemokraten-Chef **Jimmie Åkesson** fragte da den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten **Stefan Löfven**, ob dieser keinen Zusammenhang zwischen Migration und wachsender Kriminalität sehe.

„Ist die Migration so stark, dass die Integration nicht mehr gelingt, riskieren wir auch, mehr Probleme dieser Art zu bekommen. Das ist glasklar“, antwortete der Sozialdemokrat.

Für Schweden eine Revolution. Die Sozialdemokraten hatten einen Zusammenhang immer verneint.

Ohne Sprachkenntnisse kein Aufenthalt

Nach Ablauf einer Frist haben nur jene Menschen die Chance auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, die für sich und ihre Familie sorgen können, die schwedische Sprache ausreichend beherrschen und landeskundliche Kenntnisse unter Beweis stellen können. In Deutschland werden solche Kulturkenntnisse erst beim Staatsbürgerschaftstest verlangt. (Welt 12.5.2021)

Parallelwelten in den Vorstädten

Die Regierung verschärfte erstmals das Asylrecht – und schaffte das unbefristete Bleiberecht nach drei Jahrzehnten ab.

Schon früh haben auch in Deutschland Politiker auf die **Gefahren der Zuwanderung** hingewiesen.

Schon 2005 erklärte **Helmut Schmidt** im FOCUS:



Bildquelle: Helmut Schmidt/npvswitzerland

„Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden.“

Die Zuwanderung aus Schwarzafrika oder Ostanatolien bringe unlösbare Probleme.

„Diejenigen, die sich nicht integrieren wollen, hätte man lieber draußen gelassen.“

Schon 1999 kamen 138.319 Asylsuchende ins Land. Der damalige Innenminister **Otto Schily** (SPD) sah zu dem Zeitpunkt die **„Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung“** als überschritten an.



Bildquelle: Otto Schily/André Zahn - Beatpark

„Das Boot ist voll“

Auch der ehemalige Fernsehmoderator und praktizierende Christ **Peter Hahne** warnt:

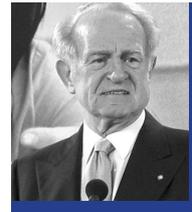
„Dass in deutschen Moscheen für Erdogans Sieg in Nordsyrien öffentlich gebetet werden darf – man glaubt es nicht. Und wenn die Hauptschimpfwörter und das schärfste Mobbing auf deutschen Schulhöfen »Jude«, »Christ«, »Schwuler« sind, muss es einem um die Zukunft bange sein. Dann werden wir bald andere Probleme haben als Einsamkeit und Altersarmut“.

Ein Leipziger Kita-Chef schreibt an die Eltern, zu Festen und Geburtstagen künftig keine Süßigkeiten mehr mitzubringen. Gesundheit? Dickmacher? – Nein: „Diese Nahrungsmittel haben Schweinefleischbestandteile wie Gelatine, das darf nicht mehr angeboten werden.“

NA, TOLL! Da wird bunt mit bekloppt verwechselt, Respekt mit Unterwerfung, schreibt Hahne.

Die dänische Stadt Randers setzte ein Zeichen gegen diesen naiven Mainstream: Alle Kinder in Schulen und Kitas sollten bewusst die Traditionen des Landes lernen, vor allem die Migranten. Und deshalb gehöre auch Schweine-

Auszug aus der Rede von Bundespräsident **Johannes Rau** am 12.5.2000:



Bildquelle: Johannes Rau/Johannes Liebmann

„Das Zusammenleben ist auch schwierig und es ist anstrengend. Wer das leugnet oder nicht wahrhaben will, ist mit allen Appellen zu mehr Toleranz, Freundlichkeit und Aufnahmebereitschaft unglaublich unwirksam. Es hilft nichts, vor Problemen die Augen zu verschließen oder allein schon ihre Beschreibung als Ausländerfeindlichkeit hinzustellen. Es ist nicht schwer, in wohl-situierten Vierteln eine ausländerfreundliche Gesinnung zu zeigen. Schwerer ist das da, wo sich immer mehr verändert, wo man als Einheimischer die Schilder an und in den Geschäften nicht mehr lesen kann.“

Die Folgen einer solchen Entwicklung für die Sozialsysteme und den inneren Frieden dieser Länder ist unabsehbar.

Verantwortungsvolle Politik testet nicht die Toleranz der Bevölkerung bis an ihre Grenzen aus, sondern ist bemüht, die gesellschaftliche Lage zu stabilisieren.

fleisch auf die Speisepläne öffentlicher Einrichtungen, um »Nationalgericht« kochen zu können. Vom »Frikadellenkrieg« war dann die Rede – allerdings weniger im selbstbewussten Dänemark als im weichgespülten Deutschland.

Was vor allem fassungslos macht:

Völliges Schweigen oberster Kirchenfunktionäre, die derweil eifrig mit Seenotrettungsplänen, Klimaprogrammen und Gender-Gerechtigkeit beschäftigt sind. Dass der verweigerte Handschlag eines muslimischen Polizeibeamten für eine Frau oder der Speiseplan einer Kita mehr als nur eine Lappalie im Übergang der Integration sind, registrieren die wenigsten. Höchstens Islamkenner aus den eigenen Reihen wie Professor **Bassam Tibi**, die Soziologin **Necla Kelek**, die Juristin **Seyran Ates** oder der Psychologe **Ahmad Mansour** merken, was die Stunde wirklich geschlagen hat. Oder die Alt-Feministin **Alice Schwarzer**, wacher als die halbe CDU.“

Dazu passt das dem Journalisten **Peter Scholl-Latour** zugeschriebene Zitat:

„Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern der wird selbst zu Kalkutta!“

WOLLEN SIE DAS WIRKLICH?